

Niederschrift HFA/015/2011

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 08.02.2011

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Frau Peggy Fehrmann	SPD	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Falk Toczkowski	SPD	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Heinrich Hagemeier	CDU	Vertretung für Herrn Stefan Gude
Herr Bernd Lunkwitz	FDP	Vertretung für Herrn Johannes Willems

Herr Eckhard Roloff	SPD	Vertretung für Herrn Udo Mollen
Herr Josef Wilp	CDU	Vertretung für Herrn Hermann-Josef Kohnen

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Herr Axel Linke	Beigeordneter
Herr Werner Lütkeemeier	Stadtkämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7
Herr Bernd Weber	Pressesprecher
Herr Michael Kramer	bis 18:45 Uhr - TOP 18
Herr Volkmar Löckemann	bis 18:45 Uhr - TOP 18
Frau Gela Maatmann	bis 18:45 Uhr - TOP 18
Herr Günter Strauch	bis 18:45 Uhr - TOP 18
Frau Julia Kersting	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Ratsmitglied

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung am 18. Januar 2011

0:02:21

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 18. Januar 2011 gefassten Beschlüsse

0:02:44

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Ein besonderer Bericht zu Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da die Verwaltung die Stellungnahmen auf den der Einladung beigefügten Hinweiszetteln abgegeben habe.

3. Informationen

3.1. Anregungen aus der Bürgerversammlung

0:03:16

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass gestern in der Fraktionsvorsitzendenrunde über den Umgang mit den Anregungen aus der Bürgerversammlung und den schriftlich eingegangenen Anregungen gesprochen wurde. Man habe sich darauf verständigt, dass die Informationen, die den Vorlagen als Anlagen beigefügt seien noch explizit in die Strategie- und Finanzkommission am 28. Februar eingehen werden. Bei der Bürgerversammlung sei den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern deutlich gemacht worden, dass die Anregungen aufgenommen und in die politische Diskussion hineingetragen werden. Es werde um Verständnis gebeten, dass nicht jede Bürgerin und jeder Bürger auf die Anregung eine Antwort bekommen könne. Gleichwohl gehen der Rat der Stadt Rheine und die Verwaltung verantwortungsbewusst mit diesen Anregungen um. Die Bevölkerung werde über Veröffentlichungen der Ausschusssitzungen, über politische Positionierungen aus den Fraktionen und letztendlich aus der gemeinsamen Haushaltsverabschiedung in der Ratssitzung in Kenntnis darüber gesetzt, wie ihre Anregungen Eingang gefunden haben. Darüber hinaus wolle man das Instrument der Bürgerpartizipation weiterführen und die Bürgerschaft auffordern, sich weiterhin so intensiv in die Stadtgestaltung einzubringen.

3.2. Gesamtauswirkungen der Haushaltsveränderungen 2011

0:06:36

Herr Lütkeemeier informiert auf Nachfrage von Herrn Niehues, dass die Stadt Rheine durch das Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 mit einer Verschlechterung von 1,8 Millionen Euro zu rechnen habe. Bisher konnte der Betrag nicht eingepplant werden, da es keine Informationen zu den Daten gab. Daneben gebe es kleinere Veränderungen von insgesamt etwa 200.000,00 Euro. Der Fehlbetrag habe sich dadurch von insgesamt 8,4 Millionen Euro auf 10,4 Millionen Euro verschlechtert. Beim Kreis Steinfurt habe sich durch die erste Modellrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz die Situation ergeben, dass der Kreis etwas höhere Schlüsselzuweisungen bekomme. Es sei inzwischen auch mit dem Kreis geklärt worden, dass diese Verbesserung von netto 2,6 Millionen Euro dann auch über die Kreisumlage an die Städte und Gemeinden des Kreises weitergegeben werden solle. Man müsse hier rund 400.000 Euro zusätzlich für Kreisumlage vorsehen. Daneben gebe es noch eine Anpassung durch die Veränderung des Hebesat-

zes für die Gewerbesteuerumlage. Weiter gebe es noch Anpassungen durch den Wirtschaftsplan der Technischen Betriebe, der in der Dezemberratssitzung vorgestellt worden sei. Dieser konnte naturgemäß bei der Einbringung des Haushaltes noch nicht eingeplant werden. Das ergebe dann noch etwa 400.000 Euro. Folglich gebe es derzeit einen Fehlbetrag von 11,1 Millionen Euro für 2011.

4. Resolution
1. zu den Eckpunkten des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) 2011
2. zur Finanzierung der kommunalen Soziallasten
Vorlage: 069/11/1

0:10:33

Herr Niehues gibt folgende Stellungnahme ab:

Stellungnahme zu den Resolution gegenüber Bund und Land

Die CDU-Ratsfraktion wird den für heute geplanten Resolutionen zum Gemeindefinanzierungsgesetz (Landesregierung) und zu den Kostenregelungen bei den Sozialkosten (Bundesregierung) zustimmen.

Es ist aus unserer Sicht notwendig, dass sich die kommunalen Familien gegen die Rahmenbedingungen der jeweiligen Kommunalfinanzen wehren.

Es ist nicht länger hinzunehmen, dass die Städte und Gemeinden immer mehr mit Belastungen für Ihre Haushalte konfrontiert werden. Bund und Länder müssen stärker, vor allem bei den durch sie veranlassten Gesetzen, nach dem Konnexitätsprinzip auch für die finanzielle Belastung haften.

Es ist „5 vor 12“. Ein dringender Handlungsbedarf ist gegeben. Die Städte und Gemeinden stehen vor dem finanziellen Abgrund.

Die Kommunen bilden das Rückgrat unseres Staatsaufbaues. Wenn die Kommunen ihren Auftrag zur sachgerechten bürgernahen Selbstverwaltung nicht mehr erfüllen können, dann wird es immer schwieriger werden, Menschen für eine Beteiligung am demokratischen Gemeinwesen zu gewinnen. Unsere Demokratie lebt jedoch vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

Die CDU-Ratsfraktion hat daher in der letzten Woche den Besuch des Bundesministers Dr. Norbert Röttgen in Rheine dazu genutzt, ihm einen „Brandbrief“ an die Bundeskanzlerin zur Finanzierung der kommunalen Sozialkosten zu übergeben.

Wir haben darin, die durch den Bund zu verantwortenden Lasten klar benannt und eine Änderung hinsichtlich der Unterfinanzierung der Kommunen gefordert.

Wir haben hier einen Auftrag, die Interessen der Kommunen, die Interessen der Stadt Rheine, der Bürgerinnen und Bürger, gegenüber dem Bund zu vertreten, unabhängig davon, wer die derzeitige Bundesregierung stellt. Wir sind den Menschen – und nicht der Partei verpflichtet.

Die Botschaft ist klar: Der Bund muss sich stärker an der Finanzierung der Sozialkosten beteiligen. Wenn der Bund hier die Kommunen nicht entlastet, dann ist der Sozialstaat durch die Kommunen nicht mehr finanzierbar.

Eine genau so klare und eindeutige Stellungnahme erwarten wir von den Vertretern der Rot-Grünen Fraktionen, wenn es um unsere hoffentlich gemeinsame Positionierung gegenüber dem Land geht. Auch Rot-Grün ist den Interessen der Stadt – der ländlichen Region – stärker verpflichtet, als den Interessen von Rot-Grün in Düsseldorf.

So wie wir beim Bund eine klare Sprachregelung und Forderung aufstellen, genauso klar und eindeutig müssen wir uns aber gegen den von der Landesregierung beratenen 1. Entwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz wehren.

Diese am 23.12. 2010 veröffentlichten neuen Eckpunkte zum GFG sind unausgewogen und daher abzulehnen.

Der neue Entwurf begünstigt große Städte und Ballungsräume in NRW und führt dazu, dass die Kommunen im ländlichen Raum auch in die Nothaushalte gezwungen werden.

Neuenkirchen, bislang solide finanziert, verliert fast 50% der Schlüsselzuweisungen, in Ibbenbüren sind es rd. 5 Mio. weniger Zuschüsse. Die dortigen Bürgermeister/Bürgermeisterkandidaten der SPD haben eine deutlich klar Aussprache zum GFG-Entwurf gefunden. Der SPD-Bürgermeister von Nordkirchen hat sogar eine Klage gegen das Land für richtig gehalten.

Für Rheine – bereinigt um das Thema der Berufskollegs entsteht ein Minus von 1,8 Mio. Euro für 2011. Für 2012 sind es bei einer weiteren geplanten Absenkung des Schlüssels bereits 4,7 Mio. Euro Minus. Das ist ein finanzwirtschaftliches Desaster, gegen das wir mit kommunalen Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen nicht ansparen können.

Diese Einschätzung wird inzwischen von vielen Beteiligten – auch von kommunalen Spitzenverbänden in NRW geteilt.

Völlig unverständlich ist in diesem Zusammenhang die Äußerung der hiesigen SPD-Landtags-Abgeordneten Elisabeth Veldhues und von Michael Reiske, unserem Grünen Fraktionssprecher. Beide sprachen doch tatsächlich im Zusammenhang mit dem vorliegenden Entwurf von einer „gerechten Neuverteilung der GFG-Mittel“. Die Solidarität mit der

rot-grünen Landesregierung ist das eine, aber kann man die finanziellen Auswirkungen denn für den hiesigen Raum so ausblenden? Wem sind Frau Veldhues/Herr Reiske mehr verpflichtet?

Ja, das GFG in NRW muss geändert werden. Der Verfassungsgerichtshof hat dazu aber keinen fixen Termin – beispielweise 2011 – genannt.

Zur Neuordnung des GFG hatte noch die alte Landesregierung von CDU/FDP ein Ifo-Gutachten in Auftrag gegeben. Das Ifo-Institut hat auch eine Vielzahl von Änderungsvorschlägen im Sommer 2010 für die neue Landesregierung unterbreitet.

Aus dieser großen Liste hat die Landesregierung aber nur 1-2 Punkte (Sozialkosten-Zuschlag und Zuschlag für Ballungsgebiete) aufgegriffen und alle anderen Vorschläge ausgeblendet, die zum Teil als Zuschläge für den ländlichen Raum sich ausgewirkt hätten.

Die Sozialkosten wurden sogar nach Ansicht von Experten doppelt gewichtet. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften in einer Kommune ist zudem kein tauglicher Parameter zur Abbildung der sozialen Lasten einer Kommune. Es ist eine gerechte Abbildung des Sozialaufwandes im Finanzausgleich notwendig.

Die Anhebung der fiktiven Hebesätze war lt. Ifo-Gutachten so nicht gewollt. Es entsteht somit klar der Verdacht, dass vor allem aus politischen Gründen eine Neuverteilung der GFG-Mittel erfolgen sollte.

Frau Dr. Kordfelder hat den Haushalt für 2011 im Dezember mit der Erwartung eingebracht, Steuererhöhungen von rd. 1,9 Mio. € zu beschließen, damit wir die kommunalen Finanzen verbessern.

Nunmehr müssen wir feststellen, dass durch die Änderungen im GFG wir mit 1,8 Mio. stärker belastet werden. Die Steuermehreinnahmen fließen ~~faktisch~~ 1 : 1 von Rheine nach Düsseldorf.

Uns bleiben zudem für 2011 neue Schulden statt von 8,4 Mio. = aktuell von 11,1 Mio. Für die Folgejahre steigt das Defizit dramatisch. Eine Haushaltssicherung ist auf Jahre nicht zu vermeiden. Von einem ausgeglichenen Haushalt sind wir meilenweit entfernt!

Ärgerlich ist auch, dass in vielen Städten der Ballungsräume die Neuverteilung der GFG-Mittel nicht zum Schuldenabbau genutzt werden. Städte wie Essen und Bochum leisten sich mit einem neuen

Fußballstadion und einem neuen Schauspielhaus neue Luxusprojekte. Wir können uns – beispielhaft – keine Kunstrasenplätze leisten, die es im Ruhrgebiet und anderswo in vielfacher Form gibt.

Das neue GFG ist nicht gerechter – es schafft neue Ungleichheiten im Land. Wir brauchen für das ganze Land faire, zielsichere, transparente und gerechte Lösungen. Das wäre unser Anforderungsprofil für die Neufassung eines GFG für 2012.

Herr Niehues ergänzt, dass es in Nordrhein-Westfalen sicherlich viele Kommunen gebe, die mit den Regelungen im GFG nicht einverstanden seien. Gemeinsam könne man Dinge verändern.

Herr Reiske entgegnet, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beiden Resolutionen zustimmen werde. Ungünstig sei es gewesen, kurz vor Weihnachten das GFG auf den Weg zu bringen. Weiter fordert Herr Reiske, dass das Ausführungsgesetz zugunsten von Optionskommunen geändert werde.

Herr Roscher erläutert, dass die SPD-Fraktion den Resolutionen zustimmen werde. Der Sinn und Zweck des GFG sei nie gewesen, eine Kommune vor der Haushaltssicherung zu schützen. Die SPD-Fraktion fordere eine transparente Überprüfung des Gesetzesentwurfes und eine deutliche Darstellung. Das Land sei bei den Entlastungen von Sozialkosten gefordert, es könne nicht sein, dass die Kommunen auf den Soziallasten, die durch das Land auferlegt wurden, hängen bleiben.

Herr Ortel verdeutlicht, dass die AfR-Fraktion den Resolutionen zustimmen werde. Herr Ortel sei skeptisch, ob die Forderungen des 3. Absatzes der Resolution tatsächlich umsetzbar seien.

Herr Holtel hält fest, dass die FDP-Fraktion das Einvernehmen aller Fraktionen begrüße. Er problematisiert, dass ein Anteil der SGB-II-Kosten auf die Kommunen verlagert worden sei. In Rheine sei man in einer besonders misslichen Situation, da es durch die Organisationshoheit des Kreises Steinfurt keinen Solidar- ausgleich mit den anderen Kommunen gebe. Wenn die Resolution verabschiedet werde, solle der Kreistag gefordert werden, eine andere Regelung zu vereinbaren. Ein weiterer gravierender Punkt seien die Vorschläge für die Steuererhöhungen, entgegen den Empfehlungen des Ifo-Gutachtens, die im GFG gemacht worden seien. Es werden hier durch die Anhebung der Hebesätze fiktiv höhere Steuereinnahmen suggeriert, die aber in keiner Weise zu realisieren seien.

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass der § 76 Gemeindeordnung zum Nothaus- haltsrecht in der Überarbeitung sei. Außerhalb von Nordrhein-Westfalen gebe es keine 4-Jahres-Frist zur Haushaltskonsolidierung. Die Landesregierung arbeite deshalb derzeit daran, eine andere Lösung zur Haushaltskonsolidierung zu konstruieren im Sinne von individuellen Lösungen unter Beratung der Bezirksregie- rung. Die erste Anhörung dazu finde am 25. März im Landtag statt, die abschlie- ßende Beratung am 16. und 17. April.

Herr Wilp macht deutlich, dass das GFG nicht dazu diene, bei den Gemeinden die Haushalte zu konsolidieren.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzbeschluss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, folgenden Beschluss zu fassen:

1. die als Anlage 1 der Einladung beigefügte Resolution zu den Eckpunkten des Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2011 und beauftragt die Verwaltung, diese an die Landesregierung weiterzuleiten.
2. die als Anlage 3 der Einladung beigefügte Resolution zur Finanzierung der kommunalen Soziallasten und beauftragt die Verwaltung, diese an die Bundesregierung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5. Ab-in-die-Mitte-Projekt 2011, hier: Mittelbereitstellung
Vorlage: 077/11**

0:59:55

Beschluss:

01. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt zu, das Projekt Ab-in-die-Mitte 2011 mit einem Ansatz von 50.000 € in das Budget 02 – „Verwaltungsführung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit“ aufzunehmen.
02. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Erhöhung der Aufwendungen in diesem Budget um 40.000 € unter der Voraussetzung zu, dass zur Deckung der Aufwendungen eine Landesförderung in Höhe von 30.000 € und Drittmittel in Höhe von 10.000 € herangezogen werden können.
03. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt zu, die erforderlichen Eigenmittel für das Projekt durch Umschichtung der Haushaltsmittel für Stadtmarketing im Budget 0201 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. Rettungsdienst - Kündigung von Verträgen
Vorlage: 079/11**

1:00:00

Herr Niehues erläutert, dass es normal sei, dass Verträge, die in der Vergangenheit geschlossen wurden, der aktuellen Situation angepasst werden würden. Es gehe hier um eine finanzielle Verbesserung für die Stadt Rheine. Die Verwaltung werde gebeten, neue Vertragsverhandlungen aufzunehmen.

Herr Roscher ergänzt, dass die Kosten, die der Stadt Rheine entstünden, auch in voller Höhe dort abgerechnet werden müssten, wo sie entstehen. Eine einvernehmliche Lösung mit dem Kreis Steinfurt solle angestrebt werden.

Herr Holtel hält fest, dass es angemessen sei, über die damals abgeschlossenen Verträge zu reden, um entsprechende Mehreinnahmen zu erzielen.

Herr Ortel hofft, dass es zu einer fairen Neuordnung komme.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die Verwaltung zu beauftragen:

- a) die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Steinfurt und der Stadt Rheine über die Übertragung der Aufgaben nach dem Gesetz über den Rettungsdienst vom 14. Mai 1982 (Anlage 1 der Einladung) seitens der Stadt Rheine zu kündigen,

- b) den öffentlich-rechtliche Vertrag vom 28. Mai 1993 zwischen dem Kreis Steinfurt und den Städten Emsdetten, Greven, Ibbenbüren, Lengerich, Ochtrup, Rheine und Steinfurt (Anlage 2 der Einladung) seitens der Stadt Rheine zu kündigen,
- c) bezogen auf die o. g. Verträge Neuverhandlungen mit dem Kreis Steinfurt aufzunehmen, mit dem Ziel, Verbesserungen für die Stadt Rheine in wirtschaftlicher und fachlicher Hinsicht zu erreichen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Personalbedarfs- und Entwicklungsplanung der Stadt Rheine für die Jahre 2008 bis 2015
2. Umsetzungsbericht 2010
Vorlage: 067/11

1:04:23

Herr Niehues fragt an, ob ersichtlich sei, welche Stelleneinsparungen für 2011 vorsehen seien.

Herr Hermeling informiert, dass die anteiligen Stelleneinsparungen für 2011 nach dem derzeitigen Stand erreicht werden. Die dezidierten Stellen können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genannt werden, weil es sich hierbei auch um Mitarbeiter handelt die im Laufe des Jahres 2011 ausscheiden werden. Rückwirkend könne man dieses entsprechend nachweisen. Es könne auch davon ausgegangen werden, dass das Ziel von 18 Stelleneinsparungen bis 2015 erreicht werde.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt folgendem Vorschlag der Verwaltung zu:
 - 1.1 Im Jahre 2012 werden 3 Auszubildende für den Beruf des/der Verwaltungsfachangestellten eingestellt.
 - 1.2 Im Jahre 2012 werden insgesamt 3 Auszubildende für folgende Berufe eingestellt:
 - Bauzeichner(in)
 - Vermessungstechniker(in)
 - Medien- und Informationsdienste Bibliotheken.
 - 1.3 Für den Bereich der Feuerwehr werden folgende Anwärter/innen eingestellt:

2011:	1 Brandinspektoranwärter(in)
	1 Brandmeisteranwärter(in)
2012:	2 Brandmeisteranwärter(innen)
2013:	1 Brandmeisteranwärter(in).
2. Im Übrigen nimmt der Haupt- und Finanzausschuss den 2. Umsetzungsbericht 2010 zur Personalbedarfs- und Entwicklungsplanung 2008 – 2015 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Stellenplan der Stadt Rheine - Aufhebung eines kW-Vermerkes
Vorlage: 065/11**

1:07:09

Frau Dr. Kordfelder bittet den kW-Vermerk aufzuheben.

Herr Holtel erläutert, dass ein Fachbereichsleiter hier sehr wichtig sei. Die FDP-Fraktion stimme der Aufhebung des kW-Vermerkes zu. Die kW-Vermerke seien ein Mittel für die Ratsmitglieder, um Druck auszuüben, damit die Sparziele im Personalhaushalt erreicht werden.

Herr Niehues hält es für notwendig, die Stelle des Fachbereichsleiters wieder zu besetzen. Eine öffentliche Ausschreibung der Stelle schließe interne Bewerbungen nicht aus.

Herr Reiske befürwortet die Aufhebung des Sperrvermerkes.

Herr Roscher bittet die damals Beschlusstragenden Fraktionen darum, darüber nachzudenken, in einer der folgenden Sitzungen die kW-Vermerke insgesamt aufzuheben.

Herr Ortel stellt klar, dass diese Diskussion ein Zeichen für eine erhöhte Aufmerksamkeit sei. Je öfters diese Diskussion geführt werde, werde auch der Verwaltung signalisiert, dass nicht alle kW-Vermerke umgesetzt werden.

Frau Dr. Kordfelder macht deutlich, dass es für die 33 Betroffenen keine Wertschätzung und Anerkennung sei, eine Stelle zu besetzen, von der die Politik aktuell der Meinung sei, dass sie überflüssig sei und wegfallen könne.

Herr Hermeling legt dar, dass das Instrument des kW-Vermerkes nach der Gemeindordnung klar belegt sei. kW bedeute künftig wegfallend. Bei der derzeitigen Beschlusslage würde bei Ausscheiden eines Mitarbeiters diese Stelle wegfallen, wenn nicht ein anderer Beschluss gefasst werde. Sollte die Verwaltung dann diesbezüglich nicht handeln, sei die Stelle weg.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, im Vorgriff auf die allgemeine Beschlussfassung zum Stellenplan 2011, den im aktuellen Stellenplan bei einer A 15-Stelle angebrachten kW-Vermerk mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Beratung Stellenplan 2011; Fachbereich 3 - Recht und Ordnung
Vorlage: 064/11**

1:18:25

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den als Anlage der Einladung beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 3 – Recht und Ordnung - zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Beratung Stellenplan 2011, Fachbereich 4 - Finanzen, Wohn-
und Grundstücksmanagement
Vorlage: 074/11**

1:19:09

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den als Anlage der Einladung beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 4 - Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement - in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Beratung Stellenplan 2011, Fachbereich 7 - Interner Service
Vorlage: 059/11**

1:19:32

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den als Anlage der Einladung beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 7 - Interner Service - in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Beratung Stellenplan 2011, Sonderbereich 0 - Verwaltungsführung und politische Gremien
Vorlage: 063/11

1:19:55

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den als Anlage der Einladung beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 0 - politische Gremien und Verwaltungsführung - mit den notwendig gewordenen Änderungen nach dem Eckwertebeschluss vom 26. Oktober 2010 in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2011- 2014; Fachbereich 3 - Recht und Ordnung
Vorlage: 051/11

1:20:14

Herr Niehues bezieht sich auf das Produkt 32, Nummer 15, Zuschuss an den Kreis für die Unterbringung der Zulassungsstelle. Er fragt an, wie lange die Stadt Rheine dort noch vertraglich gebunden sei. Weiter fragt Herr Niehues an, warum die Stadt Rheine Gebühren an den Kreis Steinfurt für die Zulassungsstelle zahle und warum die Stadt Tecklenburg sich auf einer vergleichbaren Ebene finanziell nicht beteiligen müsse.

Herr Kramer hält fest, dass es einen Vertrag zwischen dem Kreis Steinfurt und der Stadt Rheine gebe. Er werde genauere Informationen nachreichen. Inzwischen liegen diese Informationen vor.

Zwischen dem Kreis Steinfurt, der Fa. Senger GmbH & Co KG, dem TÜV NORD und der Stadt Rheine wurde mit Wirkung ab dem 2. Januar 2001 ein Vertrag über den Betrieb einer vollwertigen Zulassungsstelle geschlossen. Dieser Vertrag sieht eine „Lastenverteilung“ aller Vertragspartner vor. Der Anteil der Stadt Rheine beträgt jährlich 15.850,00 Euro. Der Vertrag wurde für die Dauer von zunächst 5 Jahren geschlossen. Die Laufzeit verlängert sich um jeweils ein Jahr, sofern nicht einer der beteiligten Vertragspartner mit einer Frist von 3 Monaten zum Jahresende kündigt.

Die Zulassungsstelle in Tecklenburg befindet sich – wie andere Organisationseinheiten des Kreises auch - in der Dienststelle des Kreises Steinfurt, dem ehemaligen Kreishaus des Altkreises Tecklenburg. Dies hat sicher historische Gründe. Die Zulassungsstelle ist nicht nachträglich neu installiert worden, wie dies in Rheine der Fall gewesen ist.

Herr Reiske stellt folgenden Änderungsantrag zum Safe & Co.:

Kürzung von 120.000 € in 2011 auf 100.000 €

Herr Reiske ergänzt, dass man perspektivisch die Einrichtung Safe und Co. aufgrund der desolaten Haushaltssituation schließen wolle.

Frau Dr. Kordfelder äußert Bedenken darin, dass dann 3 Mitarbeitern der Stadtwacht betriebsbedingt gekündigt werden müsste. Die Polizei würde ihre Präsenz abziehen, und die Thematik der Sicherheit in der Innenstadt müsste komplett neu geregelt werden.

Herr Niehues macht deutlich, dass das Safe und Co. ein absoluter Gewinn für die Innenstadt sei.

Herr Holtel vermutet, dass das Sicherheitsbedürfnis der Bürger in der Innenstadt durch Safe und Co. gestärkt sei.

Herr Ortel hält es für legitim, über die Form und die Art und Weise, Sicherheit zu gewährleisten, zu diskutieren und nach besseren Lösungen zu suchen. Die ersatzlose Streichung sei nicht richtig.

Herr Roscher erläutert, dass die SPD-Fraktion dem Antrag nicht folgen werde. Safe und Co. sei nicht nur Stadtwacht. Es werden dort viele unterschiedliche Aktionen beraten, inszeniert und umgesetzt. Die Polizeibehörde werde Safe und Co. sicherlich nicht alleine betreiben können.

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

1	Ja-Stimme
17	Nein-Stimmen
1	Stimmenthaltung

Frau Dr. Kordfelder lädt die Ausschussmitglieder am 15. Februar zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der SIR ein, um über die Wirkungen des Gesamtsystems weitergehend zu diskutieren.

Herr Niehues merkt an, dass sich bei dem Produkt 34, Bürgerservice, eine typische Situation zeige, bei der durch die neuen Personalausweise durch den Bund erhöhte Personalkosten und erhöhte Sachkosten bei der Stadt Rheine anfallen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 3 – Recht und Ordnung - in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**14. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2011 - 2014 Fachbereich 4 - Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement
Vorlage: 070/11/2**

1:34:40

Herr Lütkemeier erläutert, dass zwei Ergänzungsvorlagen erstellt wurden, da es Abstimmungsprobleme gegeben habe. Die Grundstückserlöse für die Gewerbeflächen der Bahnseitenflächen Rheine R und Innovationsquartier seien einkalkuliert worden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement - in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**15. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2011 - 2014
Fachbereich 7 - Interner Service
Vorlage: 027/11**

1:36:05

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 7 - Interner Service - in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**16. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2011 - 2014
Sonderbereich 0 - Politische Gremien
Vorlage: 058/11**

1.37:35

Herr Niehues stellt folgenden Änderungsantrag in der Finanzplanung für die Produktgruppe 01 Nr. 13:

Reduzierung der 4.000 € für den Ratsausflug für 2011 auf 0 €.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Sonderbereiches 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung - unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

17. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

1:38:00

Es liegen keine Eingaben vor.

18. Einwohnerfragestunde

1:39:34

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

19. Anfragen und Anregungen

19.1. Parksituation Mathias-Spital, Anfrage von Herrn Dewenter

1:39:40

Herr Dewenter bemängelt die Parksituation am Mathias-Spital. Gerade in der Zeit von 9:30 Uhr bis 12:00 Uhr sei es sehr schwer, dort einen Parkplatz zu bekommen. Herr Dewenter regt an, dass die Verwaltung ein Gespräch mit dem Mathias-Spital führen solle. Das Mathias-Spital müsse doch ebenfalls ein Interesse daran haben, dass genügend Parkplätze zur Verfügung stehen, auch wenn sie rechtlich nicht notwendig wären. Durch die geringe Zahl an Parkplätzen erlange das Mathias-Spital einen Imageschaden. Es müsse eine Möglichkeit zur Entspannung der Situation geben. Der Platz an der Dutumer Straße sei beispielsweise prädestiniert für eine Parkpalette.

Weiterhin problematisch sei die Anlieferung der todkranken Menschen an der Strahlenklinik. Diese werden Mitten auf der Straße, bei Wind und Wetter, ausgeladen. Eine einfache Möglichkeit wäre es hier, die Glaswand zu öffnen und zu überdecken. Man könnte dann rückwärts ran fahren, sodass die Patienten trocken in die Klinik eingeliefert werden.

Herr Kuhlmann erläutert, dass gestern ein Vertrag mit dem Mathias-Spital über den Auftrag eines Parkraumgutachtens unterschrieben worden sei. Dieses Parkraumgutachten werde je zur Hälfte von der Stadt Rheine und zur Hälfte vom Mathias-Spital gezahlt. Mit studentischen Hilfskräften werde eine Zählung durchgeführt, die objektive Daten liefern soll. Nach Vorliegen des Gutachtens werde eine Reaktionsmöglichkeit entwickelt. Dieses könne beispielsweise der Bau einer

Parkpalette sein, dieses liege dann aber in der Verantwortung des Mathias-Spitals.

Die Problematik der Anlieferung an der Strahlenklinik sei auch schon an das Mathias-Spital herangetragen worden, eine Reaktion seitens des Mathias-Spitals sei hier aber bisher ausgeblieben. Dieses könne auch an den unterschiedlichen rechtlichen Verhältnissen liegen. Man werde dieses Problem aber auch noch einmal an das Mathias-Spital herantragen.

Herr Roscher ergänzt, dass Herr Brüggemann der SPD-Fraktion gegenüber geäußert habe, dass die Mathias-Stiftung keine Möglichkeit habe, Mittel aus der Stiftung bezüglich Parkraums bereitzustellen, weil der Stiftungszweck dann gefährdet wäre. Das Gutachten sei hier ein erster guter Schritt.

Herr Holtel regt an, dass bei Gesprächen mit der Mathias-Stiftung erörtert werden solle, inwieweit das neu erworbene Grundstück für die Entlastung genutzt werden könne.

Ende des öffentlichen Teils:

18:50 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Julia Kersting
Schriftführerin